

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten bei der Beantragung von Härtefall-Hilfen bei der Diakonie Bayern

Verantwortlich ist

Diakonisches Werk Bayern - Diakonie Bayern
Pirckheimerstr. 6, D-90408 Nürnberg
Telefon: +49 911 9354-0

E-Mail: info@diakonie-bayern.de

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie unter der o.g. Adresse oder unter datenschutz@diakonie-bayern.de. Die Kontaktdaten sind darüber hinaus unter <https://www.diakonie-bayern.de/datenschutz> verfügbar.

Ihre Rechte

Als betroffene Person haben Sie nach den Vorschriften der Datenschutz-Gesetz der Evangelischen Kirche Deutschlands (kurz: DSGVO-EKD) folgende Rechte.

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über diesen Umstand sowie über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (§ 19 DSGVO-EKD). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (§ 20 DSGVO-EKD).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (§ 21, 22 und 25 DSGVO-EKD).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (§ 24 DSGVO-EKD).

Beruhet die Datenverarbeitung auf Ihrer Einwilligung, so dürfen Sie diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen (§ 11 Abs. 3 DSGVO-EKD).

Sie haben das Recht, zu allen mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß des DSGVO-EKD im Zusammenhang stehenden Fragen unsere oben genannte Datenschutzbeauftragte zu Rate ziehen (§ 37 Abs. 4 DSGVO-EKD).

Beschwerderecht

Sie haben das Recht sich an unsere Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen die DSGVO-EKD oder eine andere datenschutzrechtliche Vorschrift verstößt (§ 46 DSGVO-EKD). Unsere Datenschutzaufsichtsbehörde erreichen Sie unter:

Der Beauftragte für den Datenschutz der EKD
Außenstelle Ulm für die Datenschutzregion Süd

Hafenbad 22, 89037 Ulm

Telefon: +49 (0) 731 140593 -0, Fax: +49 (0) 731 140593 -20

E-Mail: sued@datenschutz.ekd.de

Webseite: www.datenschutz.ekd.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Diakonie Bayern erhebt personenbezogenen Daten von Hilfesuchenden, um prüfen zu können, ob eine Betroffenheit und Bedürftigkeit auf finanzielle Unterstützung nach einem Katastrophenfall vorliegen.

Im ersten Schritt prüfen Mitarbeitende der Diakonie Bayern die Plausibilität der Antragsunterlagen. Im zweiten Schritt werden die Antragsdaten an regionale Diakonie-Einrichtungen weitergegeben, die die Hilfebedürftigkeit überprüfen, um die Höhe der finanziellen Hilfe zu entscheiden. Dazu treten Mitarbeitende der regionalen Diakonischen Einrichtungen in Kontakt zu den Antragssteller*innen.

Nach Bewilligung und Auszahlung der Hilfen werden die Informationen zu gewährten Hilfen zusammen mit den anderen personenbezogenen Daten gespeichert.

Um Missbrauch und den Mehrfachbezug von Hilfsgeldern zu verhindern, werden die Antragsdaten ggf. auch mit anderen Hilfsorganisationen und den zuständigen öffentlichen Stellen abgeglichen. Ziel ist es, eine schnelle Bearbeitung von Anträgen auf und Bereitstellung von Finanzmitteln zu gewährleisten und eine Überkompensation durch parallele Ausreichung von Finanzmitteln durch verschiedene Mittelgeber und damit verbundene Rückforderungen zu vermeiden.

Verarbeitet werden Angaben zu den Personen des vom Schaden betroffenen Haushaltes (Namen, Anschriften, Anzahl Haushaltsmitglieder, Geburtsdatum Erwachsener und Alter Minderjähriger, Sozialindikatoren) sowie grundlegende Angaben zum Schaden (Anschrift, Art und Höhe des Schadens, Vorliegen von Versicherungsansprüchen) sowie Angaben über beantragte und erhaltene Finanzmittel zur Schadensbeseitigung (Mittelgeber, Höhe, Zeitpunkt, Zweckbindung).

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten volljähriger Antragsteller ist die Einwilligung gem. § 6 Nr. 2 DSGVO und § 13 Abs. 2 Nr. 1 DSGVO, welche durch den jeweiligen Mittelgeber, bei dem der Antragsteller finanzielle Unterstützung beantragt hat, eingeholt wird.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten der registrierten Benutzer ist § 6 Nr. 4, 8 DSGVO. Die berechtigten Interessen sind die Nachweisführung über die Hilfeleistung, die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme bei Unstimmigkeiten mit anderen Mittelgebern sowie die Erfüllung des Verarbeitungsauftrages mit unseren Auftraggebern.

Weitere Verarbeitungen können im Einzelfall aus verbundenen gesetzlichen und vertraglichen Pflichten resultieren.

Empfänger Ihrer Daten

Ihre Daten werden nur von Beschäftigten verarbeitet, welche für die entsprechenden Aufgabenerfüllungen zuständig und auf Vertraulichkeit verpflichtet sind. Das sind unsere Beschäftigten der Antragsbearbeitung, des Rechnungswesens und Controlling

Haben Sie uns Ihr Einverständnis erteilt, können Dritte Ihre Daten einsehen. Dritte sind außer uns Mitarbeitende regionaler Diakonischer Einrichtungen.

Um Missbrauch und den Mehrfachbezug von Hilfsgeldern zu verhindern, werden die Antragsdaten auch den zuständigen öffentlichen Stellen zur Verfügung gestellt.

Von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter für Programmierung, Support, Sicherheitsprüfung, Hosting können im Einzelfall Einsicht in ihre Daten erhalten. Diese sind vertraglich verpflichtet, die Daten ausschließlich für die von uns vorgegebenen Aufgaben zu verwenden.

Speicherungsdauer der Daten

Wir speichern Ihre Daten grundsätzlich bis zum Abschluss des jeweiligen Katastrophenfalls und der Verwendungsnachweisführung.

Die Daten können darüber hinaus gespeichert werden, soweit dies zur Rechtsverfolgung bzw. –verteidigung oder zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten erforderlich ist. Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt drei Jahre nach § 195 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).

Wir unterliegen verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung und Dokumentation betragen bis zehn Jahre. Weitere Fristen ergeben sich aus den Förderrichtlinien für die Aufbewahrung von Unterlagen zur Nachweisführung.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Ihre Einverständniserklärung ist freiwillig und Ihre Antragsbearbeitung erfolgt grundsätzlich auch ohne Ihre Einverständniserklärung.

Wir weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass wir zur sorgfältigen und umfassenden Prüfung des Vorliegens der Kriterien für die Gewährung von Finanzmitteln verpflichtet sind. Insbesondere der Feststellung, dass entstandene Schäden nicht bereits durch andere Zuwendungen und Finanzmittel gedeckt sind.

Automatisierten Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung kommt nicht zum Einsatz.